

Von unserem Redakteur  
Manfred Stockburger

**D**iscounter statt Weltladen und Wochenmarkt: Vier Abgeordnete der Stuttgarter Landtags-Grünen besichtigen im Rahmen der Fraktionsklausur die Lidl-Filiale in Heilbronn Neckarsulmer Straße – und diskutieren eifrig mit dem Einkaufschef von Lidl Deutschland, Jan Bock.

Genauer gesagt bombardieren Andrea Schwarz aus Bretten und Andrea Bogner-Unden aus Sigmaringen den Discount-Manager geradezu mit Fragen: Warum sind die Bio-Tomaten in Plastik verpackt? Damit die Mitarbeiter an der Kasse erkennen, dass es nicht die günstigeren Normal-Tomaten sind, die lose verkauft werden. Warum ist die Bio-Ware so viel günstiger als im Bio-Laden? Kann das sein? Auch beim Kaffee? Weil eine Lidl-Filiale mehr Umsatz macht und die Neckarsulmer eine effizientere Logis-

„Ich sehe schon, dass  
Lidl sich bemüht.“

Andrea Schwarz, Grüne



Die Grünen-Abgeordneten Alexander Maier, Josha Frey, Andrea Bogner-Unden und Andrea Schwarz (von links) mit Lidl-Einkaufschef Jan Bock.

Fotos: Mario Berger

tik haben, erklärt Bock: „Die Kaffeebauern bekommen keinen Cent weniger als beim Weltladen-Kaffee.“ Alleine mit Obst und Gemüse setze Lidl Deutschland 2,5 Milliarden Euro um, sagt Bock.

Auch beim Thema Fleisch haken die Grünen nach: Wie kann es sein, dass es so billig ist? Bock verweist auf Zertifikate, die verschiedene Produkte als gentechnikfrei ausweisen und auf ein Tierschutzsiegel, dessen Einführung durchaus zu höheren Preisen geführt habe. Um 20 Prozent sei der Absatz zurückgegangen, sagt Bock. „Das haben wir in Kauf genommen.“ Auch Rindfleisch soll künftig mit dem „Ohne Gentechnik“-Siegel verkauft werden. Der nächste Schritt wäre, findet Andrea Schwarz, Putenfleisch nur noch ohne Antibiotika anzubieten. „Ich sehe schon, dass Lidl sich bemüht“, resümiert die Abgeordnete am Ende des Rundgangs. Lieber würde sie es sehen, wenn der Händler seine Kunden mehr noch in Richtung Nachhaltigkeit lenken würde.

**Transparenz** Um mehr Transparenz zu schaffen veröffentlicht das Unternehmen Lidl immerhin seit dieser Woche die Produktionsstätten seiner Lieferanten für Textilien

und Schuhe. Bock will damit Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette übernehmen.

Beim Treffen mit dem Neckarsulmer Audi-Werkleiter Helmut Stettner

führt Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz die Regie. „Die Automobilindustrie hat viele Arbeitsplätze“, sagt er. „Mobilität hat bei uns einen hohen Stellenwert, sie ist aber

auch ein ökologisches Thema: Der Verkehr muss einen Beitrag zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten.“ Von Audi-Werkleiter Helmut Stettner und seinen Kollegen lassen

## Grüne auf Tuchfühlung mit Lidl und Audi

NECKARSULM/HEILBRONN Mitglieder der Landtagsfraktion besuchen die beiden größten Arbeitgeber der Region

### Klausurtagung

Ein volles **Arbeitsprogramm** mit Gesprächen mit zahlreichen Einrichtungen absolvierten die Landtagsabgeordneten der Grünen gestern in und um Neckarsulm. Am Abend folgte der öffentliche **Bürgerdialog** in der Ballei mit Fraktionschef Andreas Schwarz und dem Verkehrsminister Winfried Hermann. Die Berichterstattung darüber erfolgt in der morgigen Ausgabe. *mfd*



Fraktionschef Andreas Schwarz (links) und der Neckarsulmer Audi-Werkleiter Helmut Stettner diskutieren über Öko-Autos und über industriepolitische Themen.

sich acht Verkehrs- und Wirtschaftspolitiker erklären, wo der Konzern steht in Sachen E-Auto und Brennstoffzelle. Mit dabei ist die Heilbronner Abgeordnete Susanne Bay.

**E-Auto aus dem Land** Am Ende des knapp zweistündigen, intensiven Erfahrungsaustauschs wünscht sich Fraktionschef Andreas Schwarz, „dass die Elektroautos der Zukunft nicht aus China und den USA, sondern aus Baden-Württemberg kommen“. Da dürfte er einer Meinung mit Audi sein – die Einführung der Elektromobilität hat auch große Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur im Land. „Wir sind beeindruckt von der Analyse“, lobt der Grüne den Autobauer.

Susanne Bay ist nach dem Treffen überzeugt, „dass Audi wirklich gemerkt hat, wohin die Entwicklung geht und hingehen muss. Das Thema Ökologie wird auch vom Verbraucher gefordert.“ In der zweiten mobilen Revolution nach der Erfindung des Verbrennungsmotors sei Audi „auf einem guten Weg“. Vielleicht kommt Schwarz also schon bald nicht mehr mit einem Hybrid-Mercedes, sondern einem Elektro-Audi in die Region. Weitere Termine sind jedenfalls schon vereinbart.

## Heilbronn kämpft gegen Studiengebühr für Nicht-EU-Ausländer

**REGION** Alexander Salomon von den Grünen war ein Verfechter der Abschaffung der Studiengebühr. Gestern beim Besuch der Hochschule Heilbronn (HHN) sah sich der Vorsitzende des Grünen-Arbeitskreises Wissenschaft, Forschung und Kunst vehementem Widerspruch gegen die Wiedereinführung einer

Studiengebühr ausgesetzt. Denn ausgerechnet die Grünen-Wissenschaftsministerin Theresia Bauer will Nicht-EU-Ausländern ab Herbst pro Jahr 3000 Euro abverlangen.

„Mir tut es in der Seele weh, dass ausgerechnet bei denen Geld kassiert werden soll, die es am wenigsten haben“, kritisierte Senatsmit-

glied Roland Schweizer die Bauerschen Pläne. Die HHN hat Studierende aus 90 Ländern. Etwa 420 der 1200 Studenten aus dem Ausland müssten zahlen, wohl die meisten von ihnen würden sich ein Studium in Baden-Württemberg nicht mehr leisten können. Prorektorin Ruth Fleuchaus sieht ihre Anstrengun-

gen zur Internationalisierung der Hochschule zunichte gemacht. Das sei weder im Sinn der Region, noch des Landes. Sie versteht die Ausbildung junger Leute aus aller Welt auch als aktive Entwicklungspolitik. „Schwarzafrikanische Länder will ich ausgenommen wissen“, forderte Schweizer. Wenn schon die Studien-

gebühr eingeführt würde, verlangte er, dass die Hochschulen Ausnahmen formulieren dürfen – wie es die HHN zu CDU-Studiengebührenzeiten gehandhabt hatte. „Ich verstehe ihre Position“, signalisierte Salomon, sich im Anhörungsverfahren für das Gesetz den Argumenten aus Heilbronn nicht zu verschließen. *ger*

# Bedeutung der Verbraucherzentralen weiter stärken

Beratung vor Ort ist wichtiges Instrument – Neben Neckarsulm kommt in der Region im Januar eine Stelle in Schwäbisch Hall

Von unserer Redakteurin  
Isabell Voigt

**RECHT** Unstimmigkeiten bei der Telefonrechnung, ein ungewolltes kostenpflichtiges Abo statt Gratis-Mitgliedschaft bei einer Online-Partnerbörse, ein viel höherer Preis bei einer Online-Flugbuchung als ursprünglich ausgewiesen oder auch eine Versicherung, die im Leistungsfall nicht zahlen will. Wenn Bürger plötzlich richtig Ärger haben, finden sie unter anderem bei der Verbraucherzentrale Hilfe. „Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hat für 2016 eine positive Entwicklung in ihren Beratungs- und Kontaktzahlen“, sagt Cornelia Tausch, Vorstand der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. „Auch die Anzahl der Beratungen in Neckarsulm ist 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 200 gestiegen“, sagt Cornelia Tausch weiter.

„Verbraucherzentralen – nie waren sie wichtiger als heute“, davon ist Martin Grath, Sprecher für Verbraucherschutz der Landtagsfraktion der Grünen, überzeugt. Zusammen mit Abgeordneten-Kollegen besuchte er die Beratungsstelle in Neckarsulm. Und die Grüne Martina Braun, Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, legt nach: „Wichtig ist für uns, dass der Verbraucherschutz in den Städten verankert ist, und Bürger vor Ort Zugang zu Beratungsstellen haben.“

Dabei ist die Stelle in Neckarsulm keine Selbstverständlichkeit. In ganz Baden-Württemberg gibt es gerade einmal zehn dieser Anlaufstellen. In der Zweiradstadt finden Bürger Angebote zu allen Arten von Versicherungen, Altersvorsorge, Telekommunikation, Internet- und Verbraucherrecht sowie eine regelmäßige Energieberatung.

Noch relativ jung sind Kooperationen der Verbraucherzentrale Neckarsulm mit der Fachhochschule Heilbronn und mit dem Landeskriminalamt sowie der Polizei vor Ort, etwa mit gemeinsamen Aktionen, wie Vorträgen und Info-Stände zu Betrug und Sicherheit. Natürlich ist

die Beratung vor Ort persönlicher, hier gibt es auch zahlreiche Ratgeber und kostenlose Broschüren zu vielen Themen. Doch die Beratung am Telefon oder per E-Mail ist ebenso gut, denn die Fachberater sind die gleichen. Finanziert wird die Arbeit der Verbraucherschützer unter

anderem durch das Land und das Verbraucherministerium, aber auch durch die Kommunen und die Einnahmen aus der Beratungsarbeit – denn diese ist nicht kostenlos.

**Neue Anlaufstellen** Für Martin Grath ist klar, dass der beste Verbraucherschutz informierte und aufgeklärte Bürger sind. Im Koalitionsvertrag mit der CDU ist vereinbart, die Verbraucherzentralen zu stärken, wie er sagt. Und er sichert zu, das auf jeden Fall voranzutreiben. Zwei passende Erfolge hat Cornelia Tausch dazu zu vermelden. „Das Angebot der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg konnte im Oktober 2016 mit der neuen Beratungsstelle in Reutlingen und wird im Januar 2017 mit der neuen Beratungsstelle in Schwäbisch-Hall nun auch Verbraucherinnen und Verbrauchern zugänglich, die bislang kein ortsnahes Angebot hatten.“



Cornelia Tausch von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (Mitte) mit Abgeordneten der Grünen und Fachberaterinnen der VZ in Neckarsulm. Foto: Isabell Voigt

**Autor:** Von unserer Redakteurin Isabell Voigt  
**Seite:** 7  
**Ressort:** SERVICE  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 17.866 (gedruckt) 19.839 (verkauft)  
 20.356 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,05 (in Mio.)

## Bedeutung der Verbraucherzentralen weiter stärken

Beratung vor Ort ist wichtiges Instrument – Neben Neckarsulm kommt in der Region im Januar eine Stelle in Schwäbisch Hall

RECHT Unstimmigkeiten bei der Telefonrechnung, ein ungewolltes kostenpflichtiges Abo statt Gratis-Mitgliedschaft bei einer Online-Partnerbörse, ein viel höherer Preis bei einer Online-Flugbuchung als ursprünglich ausgewiesen oder auch eine Versicherung, die im Leistungsfall nicht zahlen will. Wenn Bürger plötzlich richtig Ärger haben, finden sie unter anderem bei der Verbraucherzentrale Hilfe. „Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hat für 2016 eine positive Entwicklung in ihren Beratungs- und Kontaktzahlen“, sagt Cornelia Tausch, Vorstand der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. „Auch die Anzahl der Beratungen in Neckarsulm ist 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 200 gestiegen“, sagt Cornelia Tausch weiter.

„Verbraucherzentralen – nie waren sie wichtiger als heute“, davon ist Martin Grath, Sprecher für Verbraucherschutz der Landtagsfraktion der Grünen, überzeugt. Zusammen mit Abgeordneten-Kollegen besuchte er die Beratungsstelle in Neckarsulm. Und die Grüne

Martina Braun, Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, legt nach: „Wichtig ist für uns, dass der Verbraucherschutz in den Städten verankert ist, und Bürger vor Ort Zugang zu Beratungsstellen haben.“ Dabei ist die Stelle in Neckarsulm keine Selbstverständlichkeit. In ganz Baden-Württemberg gibt es gerade einmal zehn dieser Anlaufstellen. In der Zweiradstadt finden Bürger Angebote zu allen Arten von Versicherungen, Altersvorsorge, Telekommunikation, Internet- und Verbraucherrecht sowie eine regelmäßige Energieberatung.

Noch relativ jung sind Kooperationen der Verbraucherzentrale Neckarsulm mit der Fachhochschule Heilbronn und mit dem Landeskriminalamt sowie der Polizei vor Ort, etwa mit gemeinsamen Aktionen, wie Vorträgen und Info-Stände zu Betrug und Sicherheit. Natürlich ist die Beratung vor Ort persönlicher, hier gibt es auch zahlreiche Ratgeber und kostenlose Broschüren zu vielen Themen. Doch die Beratung am Telefon oder per E-Mail ist ebenso gut,

denn die Fachberater sind die gleichen. Finanziert wird die Arbeit der Verbraucherschützer unter anderem durch das Land und das Verbraucherministerium, aber auch durch die Kommunen und die Einnahmen aus der Beratungsarbeit – denn diese ist nicht kostenlos.

Neue Anlaufstellen Für Martin Grath ist klar, dass der beste Verbraucherschutz informierte und aufgeklärte Bürger sind. Im Koalitionsvertrag mit der CDU ist vereinbart, die Verbraucherzentralen zu stärken, wie er sagt. Und er sichert zu, das auf jeden Fall voranzutreiben. Zwei passende Erfolge hat Cornelia Tausch dazu zu vermelden. „Das Angebot der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg konnte im Oktober 2016 mit der neuen Beratungsstelle in Reutlingen und wird im Januar 2017 mit der neuen Beratungsstelle in Schwäbisch-Hall nun auch Verbraucherinnen und Verbrauchern zugänglich, die bislang kein ortsnahes Angebot hatten.“

**Abbildung:** Cornelia Tausch von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (Mitte) mit Abgeordneten der Grünen und Fachberaterinnen der VZ in Neckarsulm. Foto: Isabell Voigt  
**Wörter:** 398  
**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten - Heilbronner Stimme GmbH und Co. KG

**Seite:** Online 11.01.2017, 14:55 Uhr  
**Nummer:** 2245671125  
**Gattung:** Online-Quelle  
**Visits (VpD):** 0,05 (in Mio.)  
**Weblink:** <http://www.stimme.de/regioticker/Buergerdialog-mit-Winfried-Hermann;art16233,3775694>

## Bürgerdialog mit Winfried Hermann

Am ersten Tag ihrer Klausur trafen sich die Grünen am Dienstagabend in Neckarsulm mit Bürgern zu einem ungezwungenen Austausch. Gefragtester Teilnehmer des Bürgerdialogs war Verkehrsminister Winfried Hermann.

An zahlreichen Stehtischen standen aber auch andere Regierungsmitglieder und Experten aus den Reihen der Grünen-Fraktion zum Gespräch bereit. Die Themen reichten von Finanzen über Sicherheit bis zu Sozialem. Auch zahlreiche Bürgervertreter aus den umliegenden Kommunen nutzten die Gelegenheit, die Politiker persönlich anzusprechen.

**Wörter:** 69

# Straßen, Sicherheit, Soziales

*Grüne diskutieren mit Funktionären und Bürgern über aktuelle Themen*

Von unserem Redakteur  
Christian Gleichauf

**NECKARSULM** Am ersten Tag ihrer Klausur traf sich die Landtagsfraktion der Grünen am Dienstagabend in der Neckarsulmer Ballei mit Bürgern zum ungezwungenen Austausch. An Stehtischen standen Regierungsmitglieder und Partei-Experten zum Gespräch bereit. Die Themen reichten von Finanzen über Sicherheit bis zu Sozialem.

**Chance genutzt** Statt eines Bürgerdialogs wurde es teilweise zum Bürgervertreter-Dialog: Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder aus der Region nutzten die Gelegenheit, die Landespolitiker persönlich anzusprechen. Gefragtester Teilnehmer war dabei Verkehrsminister Winfried Hermann. Oedheims Rathauschef erkundigte sich

bei ihm nach der möglichen Finanzierung eines geplanten Kreisels an der Landesstraße 1088. Offenausschultes Michael Folk wollte die Situation an der B27 besprechen. Neckarsulms OB Steffen Hertwig nutzte sein Grußwort, um darauf hinzuweisen, dass die Zahl der Einpendler

„Moderne Verkehrspolitik ist nicht Fahrradpolitik oder ÖPNV-Politik, sondern auch Straßenpolitik.“

Winfried Hermann

nach Neckarsulm innerhalb von vier Jahren von 29 000 auf 33 000 gestiegen ist. Und diese Zahlen würden weiter steigen.

Die Neckarsulmer Grünen-Vertreter setzten ebenfalls Hoffnungen

in ihren Verkehrsminister. Denn die Pläne, in Neckarsulm eine weitere Anschlussstelle an die Bundesstraße zu bauen, gehen ihnen deutlich zu weit. Kommende Woche haben sie dazu noch einen Termin im Verkehrsministerium.

Doch im Klein-Klein der örtlichen Situation mochte sich Hermann nicht verheddern. Ihm ging es um die großen Linien. Klimaschutz sieht er als zentrales Problem beim Verkehr. Züge müssten pünktlicher fahren. Überraschend deutlich sagte er aber auch: „Moderne Verkehrspolitik ist nicht Fahrradpolitik oder ÖPNV-Politik, sondern auch Straßenpolitik.“

Überhaupt haben sich die Grünen aufgemacht, neue Themen aufzugreifen. Fraktionschef Andreas Schwarz rückte die Sicherheitspolitik in seiner kurzen Rede in den Mittelpunkt. Zusätzliche Stellen für die Polizei werde es mit den Grünen geben. Und sie wollen sich um die sogenannten Gefährder kümmern. Kein klassisches grünes Thema. Hinter verschlossenen Türen soll das ausgiebig diskutiert werden.

**Zufrieden** Neben zahlreichen Bürgern waren es auch Funktionäre, die hier den direkten Kontakt nutzten. Stefan Schneider, Chef der Caritas Heilbronn-Hohenlohe, unterhielt sich mit Sozialminister Manne Lucha über die Stärkung des ländlichen Raums. Auch die Situation im sozialen Wohnungsbau ist für Schneider unbefriedigend. Am Ende freute er sich, ein offenes Ohr erreicht zu haben. „Mehr war jetzt auch nicht zu erwarten.“



Bürgerdialog: Fraktionschef Andreas Schwarz erläutert die neue Ausrichtung der Grünen. Fotos: Heibel/Gleichauf



Horst Strümann zeigt Verkehrsexperte Thomas Hentschel die Situation in Neckarsulm. Dahinter Winfried Hermann.

**Autor:** Karin Fuchs

**Seite:** 9

**Ressort:** HEIDENHEIM

**Rubrik:** HEIDENHEIM

**Weblink:** <http://www.hz-online.de>

**Gattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 20.604 (gedruckt) 20.213 (verkauft)  
21.416 (verbreitet)

**Reichweite:** 0,04 (in Mio.)

## Was hält unser Land zusammen?

Sicherheitspolitik Landtagsabgeordneter Martin Grath trägt die grünen Positionen zur Terror-Bekämpfung mit.

Die Sicherheitsfrage war angesichts der Anschläge und Terror-Akte auch in Deutschland bei der dreitägigen Klausurtagung der grünen Landtagsfraktion in Neckarsulm diese Woche das vorherrschende Thema. Das berichtet der Heidenheimer Landtagsabgeordnete Martin Grath, der die beschlossenen Positionen seiner Partei mitträgt. "Wir wollen keinen Überwachungsstaat, aber es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit und umgekehrt", sagt Grath. Deshalb zeigt auch er sich diskussionbereit, was Positionen angeht, von denen sich die Grünen bislang eher distanziert hatten. Unter anderen nennt er die Videoüberwachung. Diese werde es nicht überall geben, aber an bestimmten Stellen schon. Die 20 zusätzlichen Stellen für den Landesverfassungsschutz befürwortet er dabei ebenso wie die Möglichkeit einer Fußfessel für potenzielle Gefährder. Vorratsdatenspeicherung? Da sei er grundsätzlich dagegen, versichert Grath, nicht ohne sich jedoch im Nachsatz einen Option offen zu halten. "Bei bestimmten Dingen werden wir auch Mittel und Wege öffnen müssen, die wir

bislang nicht gegangen sind." Mehr sichere Herkunftsländer Die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einstufen? "Ich bin dafür", sagt Grath, der sich in großen Teilen in den Positionen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann wiederfindet. Apropos Kretschmann: "Die Grünen in Baden-Württemberg machen es vor, wie ein Land regiert werden kann", sagt Grath und ist sich nach der Klausur sicher, dass die Landes-Grünen im bevorstehenden Bundestagswahlkampf eine tragende Rolle übernehmen werden. Dazu gehört für ihn auch, dass die Grünen in Zeiten ohne Not keine unnütze Steuerdebatte anzetteln werden. "Eine höhere Vermögenssteuer? Da wäre ja die Erhebung höher als das, was am Ende rauskommt." Grath selbst hat nach der Klausurtagung einige Denkanstöße mit nach Hause genommen. Eine der leitenden Fragen wird für ihn dabei sein: "Gut zusammen leben, was hält unser Land zusammen?" Mit der Beantwortung will er sich eingehend beschäftigen. Denn er ist sich sicher, dass die Antwort wichtig sein wird für eine friedliche Zukunft.

Große Küchen - gutes Essen Angesichts seiner Zuständigkeiten in der grünen Fraktion hat Grath die Klausur in Neckarsulm genutzt, um als verbraucherpoltischer Sprecher mit Vertreterinnen der Verbraucherzentrale zu sprechen. "Diese Einrichtungen sind wertvoller denn je." Deshalb will Grath eine Initiative starten, um die Verbraucherzentralen im Land finanziell auf eine solide Grundlage zu stellen. Einsetzen will sich Grath für die Umsetzung seines persönlichen Leuchtturm-Projekts "Große Küchen - gutes Essen". Er wolle erreichen, dass zumindest in den landeseigenen Kantinen und Küchen mit regionalen und biologischen Nahrungsmitteln gekocht wird. "Das würde auch unserer Landwirtschaft helfen", ist sich Grath der positiven Auswirkungen sicher. Zehn Pilotbetriebe hätten diese Art der Küche im Herbst bereits getestet - mit positivem Ergebnis. Die Umsätze in allen teilnehmenden Kantinen seien gestiegen und das Wegwerfen von Lebensmitteln sei weniger geworden.

**Wörter:** 435

**Urheberinformation:** (c) Heidenheimer Zeitung GmbH & Co. KG

**Autor:** ROLAND MUSCHEL**Auflage:** 54.850 (gedruckt) 52.027 (verkauft)  
53.054 (verbreitet)**Ressort:** Südwestumschau**Reichweite:** 0,11 (in Mio.)**Gattung:** Tageszeitung

## Land will S-Bahnen und Co. fördern

Die Fraktionen von Grünen und CDU sind für höhere Investitionen, Details müssen sie aber noch klären.

In den nächsten Tagen wollen die Fraktionschefs von Grünen und CDU, Andreas Schwarz und Wolfgang Reinhart, Übereinstimmung über Zusatzausgaben im Haushalt 2017 erzielen. Neben der Innenpolitik steht der Verkehrsbereich im Fokus. Die Grünen betonen, dass das Land auf ihr Drängen hin den Städten bei der Beschaffung von Schienenfahrzeugen für kommunale Netze helfen wird. Konkret soll der neue Topf für kommunale Sanierungsmaßnahmen, der 2017 vom Land mit 40 Millionen Euro gefüllt wird, auch für die Schienenfahrzeugförderung offen stehen. "Das ist uns ein wichtiges Anliegen", sagte Schwarz. Details müssten noch geklärt werden.

Als gesichert gilt, dass das Land für diesen Bereich 2017 einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung stellen will. Die CDU macht sich für bis zu 25 Millionen Euro stark. Damit reagieren die Koalitionsfraktionen auf mehrere Brandbriefe betroffener Kommunen. So hatten die Oberbürgermeister von Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Heilbronn Ende November 2016 in einem Brief an den grünen Ministerpräsidenten Winfried

Kretschmann gewarnt, dass ihre Städte bei der Weiterentwicklung der kommunalen Schienenverkehrssysteme vor "unlösbaren finanziellen Aufgaben" stünden. So müssten allein für die Stadtbahn- und Straßenbahnfahrzeuge in den großen kommunalen Schienennetzen ihrer Städte jährlich insgesamt rund 100 Millionen Euro investiert werden. Allein könnten die Kommunen den Erneuerungsbedarf aber nicht stemmen.

Neuer Brandbrief

In dieser Woche erreichte Kretschmann ein weiterer Brief, diesmal unterzeichnet vom Stuttgarter OB Fritz Kuhn und den Landräten von Esslingen, Ludwigsburg, Böblingen und dem Rems-Murr-Kreis. In dem Schreiben, das dieser Zeitung ebenfalls vorliegt, bitten die Vertreter der von starken Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden geplagten Region Stuttgart das Land noch einmal "dringend", im Haushalt "konkrete Mittel" für die seit 2004 ausgesetzte Landesförderung für kommunale Schienenfahrzeuge zu hinterlegen. "Ohne Zuschüsse seitens des Landes", warnen die Kommunalpolitiker, "ist eine Finanzierung von Ersatzbeschaffung nur schwer möglich."

Auf der Wunschliste der Regierungsfaktionen stehen noch weitere Verkehrsmaßnahmen. Aufgrund der Steuer-schätzung vom November 2016, die dem Land für 2017 Einnahmen über Plan vorhersagte, sind offenbar Zusatzinvestitionen möglich. "Wir werden auch mehr Mittel für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie für die Planung des Straßenbaus zur Verfügung stellen", sagte Schwarz. In welcher Höhe, ist indes noch Verhandlungssache. Es gebe "vier, fünf Investitionsbereiche", über die beide Seiten noch Einigkeit erzielen müssten, sagte Reinhart. Der CDU dringt dabei auch auf Zusatzmittel von bis zu 18 Millionen Euro für den Aus- und Neubau von Ortsumgehungen; sie ist zudem verärgert, dass Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) 2016 nicht alle Bundesmittel für den Straßenbau abgerufen hat. "Das kann nicht sein", sagte Reinhart, der die Förderung der Verkehrsinfrastruktur zur "DNA" der CDU erklärte. Bis Mitte nächster Woche wollten beide Seiten Klarheit über die Verteilung zusätzlicher Etatmittel erzielen.

Roland Muschel

**Wörter:** 429**Ort:** Stuttgart

**Seite:** 6  
**Ressort:** Südwestumschau  
**Rubrik:** Schwäbische Post | Gmünder Tagespost  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 24.065 (gedruckt) 22.489 (verkauft)  
 23.144 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,06 (in Mio.)

## Land will S-Bahnen und Co. fördern

**Mobilität** Die Fraktionen von Grünen und CDU sind für höhere Investitionen, Details müssen sie aber noch klären.

**Stuttgart.** In den nächsten Tagen wollen die Fraktionschefs von Grünen und CDU, Andreas Schwarz und Wolfgang Reinhart, Übereinstimmung über Zusatzausgaben im Haushalt 2017 erzielen. Neben der Innenpolitik steht der Verkehrsbereich im Fokus. Die Grünen betonen, dass das Land auf ihr Drängen hin den Städten bei der Beschaffung von Schienenfahrzeugen für kommunale Netze helfen wird. Konkret soll der neue Topf für kommunale Sanierungsmaßnahmen, der 2017 vom Land mit 40 Millionen Euro gefüllt wird, auch für die Schienenfahrzeugförderung offen stehen. "Das ist uns ein wichtiges Anliegen", sagte Schwarz. Details müssten noch geklärt werden.

Als gesichert gilt, dass das Land für diesen Bereich 2017 einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung stellen will. Die CDU macht sich für bis zu 25 Millionen Euro stark. Damit reagieren die Koalitionsfraktionen auf mehrere Brandbriefe betroffener Kommunen. So hatten die Oberbürgermeister von Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Heil-

bronn Ende November 2016 in einem Brief an den grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gewarnt, dass ihre Städte bei der Weiterentwicklung der kommunalen Schienenverkehrssysteme vor "unlösbaren finanziellen Aufgaben" stünden. So müssten allein für die Stadtbahn- und Straßenbahnfahrzeuge in den großen kommunalen Schienennetzen ihrer Städte jährlich insgesamt rund 100 Millionen Euro investiert werden. Allein könnten die Kommunen den Erneuerungsbedarf aber nicht stemmen.

### Neuer Brandbrief

In dieser Woche erreichte Kretschmann ein weiterer Brief, diesmal unterzeichnet vom Stuttgarter OB Fritz Kuhn und den Landräten von Esslingen, Ludwigsburg, Böblingen und dem Rems-Murr-Kreis. In dem Schreiben, das dieser Zeitung ebenfalls vorliegt, bitten die Vertreter der von starken Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden geplagten Region Stuttgart das Land noch einmal "dringend", im Haushalt "konkrete Mittel" für die seit 2004 ausgesetzte Landesförderung für kommunale Schienenfahrzeuge zu hinterlegen. "Ohne Zuschüsse seitens des Landes", warnen die Kommunalpolitiker, "ist eine Finanzierung von Ersatzbeschaffung nur

schwer möglich." Auf der Wunschliste der Regierungsfraktionen stehen noch weitere Verkehrsmaßnahmen. Aufgrund der Steuerschätzung vom November 2016, die dem Land für 2017 Einnahmen über Plan vorhersagte, sind offenbar Zusatzinvestitionen möglich. "Wir werden auch mehr Mittel für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie für die Planung des Straßenbaus zur Verfügung stellen", sagte Schwarz. In welcher Höhe, ist indes noch Verhandlungssache. Es gebe "vier, fünf Investitionsbereiche", über die beide Seiten noch Einigkeit erzielen müssten, sagte Reinhart. Der CDU dringt dabei auch auf Zusatzmittel von bis zu 18 Millionen Euro für den Aus- und Neubau von Ortsumgehungen; sie ist zudem verärgert, dass Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) 2016 nicht alle Bundesmittel für den Straßenbau abgerufen hat. "Das kann nicht sein", sagte Reinhart, der die Förderung der Verkehrsinfrastruktur zur "DNA" der CDU erklärte. Bis Mitte nächster Woche wollten beide Seiten Klarheit über die Verteilung zusätzlicher Etatmittel erzielen.

**Roland Muschel**

**Wörter:** 446

**Autor:** Roland Muschel [rol/51-16380522]  
**Seite:** 5 bis 5  
**Ressort:** Sonstiges  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Jahrgang:** 2017  
**Auflage:** 10.469 (gedruckt) 9.922 (verkauft) 10.046 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,03 (in Mio.)

# Regierung will in Verkehr investieren

## Grüne und CDU wollen Kommunen beim Straßenbau und Kauf von Schienenfahrzeugen unterstützen

Von Roland Muschel  
STUTTGART. Die Fraktionschefs von Grünen und CDU, Andreas Schwarz und Wolfgang Reinhart, wollen in den nächsten Tagen Übereinstimmung über mögliche Zusatzausgaben erzielen, die im Haushalt 2017 verankert werden sollen. Neben der Innenpolitik, bei der beide Seiten nach ihren Klausurtagungen weitgehend an einem Strang ziehen, steht vor allem ein Thema im Fokus: Verkehr.

Die Grünen betonen, dass das Land auf ihr Drängen hin den Kommunen bei der Beschaffung von Schienenfahrzeugen für kommunale Netze helfen wird. Konkret soll der Topf für kommunale Sanierungsmaßnahmen, der 2017 vom Land mit 40 Millionen Euro gefüllt wird, nicht nur für klassische Sanierungsmaßnahmen offen stehen, sondern auch für

die Schienenfahrzeugförderung. Details müssen noch geklärt werden. Als gesichert gilt, dass das Land für diesen Bereich einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung stellen will. Die CDU macht sich für bis zu 25 Millionen Euro stark. Damit reagieren die Fraktionen auf mehrere Brandbriefe betroffener Kommunen. Die Oberbürgermeister von Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Heilbronn hatten in einem gemeinsamen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann gewarnt, dass ihre Städte in Sachen Schienenverkehr vor nicht zu bewältigenden Investitionen stünden.

In dieser Woche erreichte Kretschmann ein weiterer Brief. In dem Schreiben bitten Vertreter der von Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden geplagten

Region Stuttgart das Land dringend, im Haushalt konkrete Mittel für die seit 2004 ausgesetzte Landesförderung für kommunale Schienenfahrzeuge zu hinterlegen.

Auf der Wunschliste der Regierungsfractionen stehen weitere Verkehrsmaßnahmen, Steuerschätzungen sehen gut aus. „Wir werden auch mehr Mittel für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie für die Planung des Straßenbaus zur Verfügung stellen“, sagt Schwarz. Die CDU dringt auch auf Zusatzmittel von bis zu 18 Millionen Euro für den Aus- und Neubau von Ortsumgehungen – und zeigt sich verärgert, dass der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann 2016 nicht alle Bundesmittel für den Straßenbau abgerufen hat.

**Wörter:** 295

# Grün-Schwarz betont bei wichtigen Themen Einigkeit

Fraktionschefs stellen Schwerpunkte für 2017 vor – Augenmerk auf Landeshaushalt und innere Sicherheit

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Die Regierungsfractionen von Grünen und CDU sind sich in weiten Teilen bei den Großthemen Finanzen und innere Sicherheit einig. Wo sie 2017 eigene Akzente setzen wollen, erklärten die beiden Vorsitzenden Andreas Schwarz (Grüne) und Wolfgang Reinhart (CDU) nach ihren Klausurtagungen am Freitag in Stuttgart.

Nach Kritik der Opposition zum Landeshaushalt 2017 am Vortag (die „Schwäbische Zeitung“ berichtete), verteidigten am Freitag die beiden Fraktionsvorsitzenden den ersten gemeinsamen Etat. Grün-Schwarz will in diesem Jahr mehr als 47 Milliarden Euro ausgeben und trotz hohen Steuermehreinnahmen keine Schulden tilgen, sondern durch Investitionen „verdeckte Schulden“ etwa in der Infrastruktur abbauen.

## • Verkehr/Infrastruktur

Die Grünen wollen 40 Millionen Euro zur Förderung der Elektromobilität bereitstellen. Weitere 40 Millionen Euro fließen in einen kommunalen Sanierungstopf. Mit dem Geld können große Städte ausgediente Busse und Bahnen ersetzen. Es darf auch dafür eingesetzt werden, einen



Wolfgang Reinhart (CDU).

verlässlichen Nahverkehrstakt zwischen 5 und 24 Uhr einzurichten. Mit den Mitteln könnten aber auch andere Investitionen getätigt werden, sagte Fraktionschef Schwarz und nannte als Beispiel den seit Jahren geplanten Bau eines Polizeireviers in Ravensburg, der das bisherige, völlig marode Gebäude ersetzen soll.

Die CDU pocht hingegen auf mehr Mittel zum Erhalt und Ausbau von Straßen. In die Bürgerbusförderung möchten CDU und Grüne gleichermaßen 100 000 Euro stecken.

## • Wohnen

Schwarz und Reinhart betonten, dass die Landeswohnraumförderung auf 250 Millionen Euro verdoppelt wer-



Andreas Schwarz (Grüne). FOTOS: DPA

de – 181 Millionen Euro davon stehen für Sozialwohnungen zur Verfügung. Die Einkommensgrenze für einen Wohnberechtigungsschein wird angehoben und soll laut Reinhart dann bei etwa 5500 Euro brutto liegen.

## • Innere Sicherheit

Bei diesem Themenfeld sagte Reinhart über seinen grünen Koalitionspartner: „Wir bewegen uns erfreulicherweise aufeinander zu.“ Einig sind sie sich darin, das Landesamt für Verfassungsschutz mit 16 bis 20 weiteren Stellen zu stärken. Während die Grünen dafür Stellen umwidmen wollen, die für die Polizei vorgesehen sind, liebäugelt die CDU mit der Schaffung neuer Stellen. Um Gefähr-

der besser überwachen zu können, sollen mobile Einsatzkommandos bessere Technik im Wert von einer Million Euro bekommen.

Die Ausweitung der Videoüberwachung, auch mit intelligenter Auswertungstechnik, soll geprüft werden. Die Grünen seien bereit, alles mitzutragen, was zur Verbesserung der Sicherheit beitrage und verfassungsrechtlich möglich sei, sagte Schwarz. Symbolpolitik werde es aber nicht geben. Auch elektronische Fußfesseln für Gefährder wollen die Grünen prüfen.

## • Sonstige Maßnahmen

Insgesamt hätte sich die CDU-Fraktion auf 34 Einzelmaßnahmen verständigt, sagte Reinhart. Dazu gehören unter anderem ein kommunales Präventionsprogramm gegen Wohnungseinbrüche in Höhe von 200 000 Euro. Mit 300 000 Euro sollen Stipendien für Medizinstudenten vergeben werden, die sich dazu verpflichten, für eine gewisse Zeit im ländlichen Raum zu arbeiten. Die Grünen erklärten, dass der Aktionsplan für Akzeptanz und Toleranz fortgeführt werden soll, der Mittel gegen die Diskriminierung von homosexuellen Menschen zur Verfügung stellt.

**Autor:** Renate Allgöwer  
**Seite:** 5  
**Ressort:** LANA

**Ausgabe:** Hauptausgabe  
**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 0 (gedruckt) 0 (verkauft) 0 (verbreitet)

## Übereinstimmung bei Grünen und CDU

Regierungsfraktionen legen Schwerpunkte für das kommende Jahr auf innere Sicherheit, Integration und Mobilität

Nach ihren Klausurtagungen präsentieren sich die Regierungsfraktionen der Grünen und der CDU einig in den großen Themen. Differenzen gibt es allenfalls in Details. Renate Allgöwer

**stuttgart** Mit Blick auf die innere Sicherheit haben sich Grüne und CDU weitgehend angenähert. „Größtmögliche Sicherheit“ herzustellen, betrachten die Grünen ihrem Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz zufolge als „Kernaufgabe des Regierungshandelns“. Was rechtsstaatlich möglich sei, trage seine Fraktion mit. Das kommentiert Wolfgang Reinhart, der Chef der Landtags-CDU, süffisant: „Es freut uns, dass der Koalitionspartner neuerdings von Erkenntnis und Einsicht geleitet ist.“ Es gelte jedoch, die Balance zwischen Sicherheitsinteressen und den Freiheitsrechten der Bürger zu wahren, betont Schwarz, etwa bei der Ausweitung der Videoüberwachung.

Beim Thema Mobilität scheint die Einigkeit nicht ganz so groß. Die Grünen haben bei ihrer Klausurtagung in Neckarsulm beschlossen, den großen Städten in diesem Jahr 40 Millionen Euro für neue Busse und Bahnen zur Verfügung zu stellen. Da zeigte sich Reinhart zurückhaltend. Man müsse Prioritäten setzen. „Ich will mich auf diese Position noch nicht festlegen.“ Die Grünen dagegen wollen dafür einen neuen kommunalen Sanierungstopf etablieren und abhängig von den Steuereinnahmen bestücken. Zehn Prozent der Mittel, die für Tilgungen ausgegeben werden müssten, sollten in den Topf fließen. Im Jahr 2018 könnten Schwarz zufolge statt 40 Millionen dann 60 oder

70 Millionen den Kommunen zugutekommen. Schwarz lobte, mit der Union habe die Finanzreform des ÖPNV geklappt. Geplant ist ferner, im ganzen Land von 5 Uhr morgens bis Mitternacht ÖPNV anzubieten. Für die Bürgerbusse, die von Ehrenamtlichen gefahren werden und Lücken im ÖPNV schließen, geben die Regierungsfraktionen in diesem Jahr 200 000 Euro aus.

Die CDU stellt den Aus- und Neubau von Straßen in den Vordergrund und will auch Ortsumgehungen ermöglichen. Reinhart verwies auf die am Mittwoch beginnenden Beratungen des Finanzausschusses des Landtags und betonte: „Unabdingbares muss noch in den aktuellen Haushalt rein.“ Die CDU sage „seit Monaten, dass es nicht sein kann, dass Bundesmittel für Straßenplanungen nicht abgerufen werden“.

Die Grünen wollen das Land zum Vorreiter für nachhaltige Mobilität machen und stellen 40 Millionen Euro für Elektromobilität bereit. „Unser Ziel ist es, dass die Elektroautos der Zukunft in Baden-Württemberg produziert werden“, stellte Andreas Schwarz in den Vordergrund.

Die Integration schreiben die Grünen groß. „Flüchtlinge sollen ihren Weg in die Gesellschaft selbstständig finden“, lautet ihr Grundsatzbeschluss dazu. Sie wollen, dass alle Kommunen Anlaufstellen für Flüchtlinge zur Alltagsbegleitung einrichten. Ein Maßnahmenpapier

zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Teilhabe aller Menschen im Land will die Fraktion demnächst vorlegen.

Ein Punkt dabei ist der soziale Wohnungsbau. Schwarz verwies auf die Aufstockung der Landesmittel um zwölf auf 53 Millionen Euro. Wolfgang Reinhart nannte den Wohnungsbau ein „Herz Anliegen der CDU“. Die Fraktion beschloss bei ihrer Tagung in Heidelberg ein Förderprogramm mit einem Umfang von 250 Millionen Euro. Die Einkommensgrenzen für selbst genutzten Wohnraum sollen angehoben werden.

Durch Umschichtungen im Haushalt stellt die CDU in diesem Jahr fünf Millionen Euro für Projekte zur Verfügung. Kommunale Präventionsprogramme gegen Wohnungseinbrüche werden mit 200 000 Euro unterstützt. Leistungsschauen der örtlichen Wirtschaft werden wieder gefördert, und zwar mit 150 000 Euro. Kürzungen bei überbetrieblichen Bildungsstätten wurden gestoppt. Für die Verbesserung der Versorgung mit Landärzten stehen 300 000 Euro bereit. Jugendbildungsakademien sollen für Seminare zu Europa, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit oder Flucht 250 000 Euro erhalten. Staatskundeangebote für Flüchtlinge werden mit 100 000 Euro gefördert.

**Wörter:** 533

## Grüne und CDU nehmen Gefährder ins Visier

Technische Aufrüstung zur Überwachung und personelle Aufstockung des Verfassungsschutzes geplant

Stuttgart (lsw) – Die grün-schwarzen Regierungsfractionen forcieren eine härtere Gangart gegen islamistische Gefährder. Die Grünen beschlossen bei ihrer Klausur in Neckarsulm einstimmig ein Papier, in dem es heißt: „Wir müssen die Gefährder gezielter in den Blick nehmen.“ Dazu streben die beiden Fraktion etwa eine technische Aufrüstung, gezielte Videoüberwachung und eine personelle Stärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz an. Bei der Opposition aus SPD und FDP stoßen die angedachten Maßnahmen zum Teil auf Kritik.

Es sei nötig, bei Bedarf die Grundrechte von Gefährdern einzuschränken und eine Ausreise aus Deutschland durchzusetzen, heißt es im Grünen-Papier, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. „Wir werden zu diesem Zweck alle rechtsstaatlichen Instrumente prüfen.“ Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sagte, der Staat müsse stets besonnen handeln und die Balance zwischen Sicherheitsinteressen des Landes und Freiheitsrechten der Bürger wahren.

Als Konsequenz aus dem Terroranschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit zwölf Toten wollen CDU und Grüne das Landesamt für Verfassungsschutz stärken. Einige Stellen, die im Haushalt 2017 für die Polizei vorgesehen sind, sollen nach dem Willen der Grünen für den Verfassungsschutz umgewidmet werden – die CDU ist ohnehin für mehr Stellen. Grünen-Innenexperte Uli Sckerl sagte, es gehe um etwa 20 Stellen. SPD-Innenexperte Sascha Binder sprach von einer „Mogelpackung“. Wer den Verfassungsschutz stärken wolle, müsse neue Stellen schaffen und dürfe sie nicht aus der Polizei nehmen.

Sckerl sagte: „Wir sind auch bereit, der Polizei mehr gezielte Videoüberwachung zu ermöglichen als bisher“. Man sei offen für die Prüfung einer von CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhard geforderten Gesetzesänderung. Reinhard und CDU-Innenexperte Thomas Blenke wollen insbesondere den Einsatz „intelligenter Videoüberwachung“ vorantreiben. „Das System vergleicht die Daten

mit vorgegebenen Mustern. Es schlägt zum Beispiel Alarm, wenn eine Person länger am Boden liegt oder ein Gepäckstück nicht bewegt wird.“ Die Grünen wollen den Einsatz solcher Systeme laut Sckerl prüfen.

Grüne und CDU wollen die Sicherheitsbehörden im Land auch technisch besser ausstatten, um Gefährder effektiv überwachen zu können. „Im Haushalt 2017 werden wir entsprechende Mittel beantragen“, heißt es in dem Papier der Grünen. Die CDU will sich dafür einsetzen, einmalig eine Million Euro für technische Ausrüstung zur Überwachung von Gefährdern einzusetzen. Das soll Mobilen Einsatzkommandos zugutekommen.

Gefährder sind Menschen, denen die Sicherheitsbehörden einen Anschlag zutrauen. Deren Zahl bezifferte das Innenministerium in Baden-Württemberg auf einen mittleren zweistelligen Wert.

Wörter: 370

Urheberinformation: (c) Badisches Tagblatt GmbH

**Autor:** Von Hermann Neu  
**Seite:** 5  
**Rubrik:** Politik  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 39.256 (gedruckt) 39.177 (verkauft)  
 39.476 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,13 (in Mio.)

## Konfliktpotenzial bei Innerer Sicherheit ist abgeräumt

Grüne und CDU nach Klausuren weitgehend einig - ÖPNV-Ersatzinvestitionen und mehr Geld für überbetriebliche Bildung gefordert

**Stuttgart - Grüne und CDU präsentieren sich auf dem Feld der Inneren Sicherheit in weitgehender Einigkeit. Dabei war das Thema in früheren Jahren immer für einen Zwist zwischen den seit Frühjahr 2016 gemeinsam regierenden Parteien gut. Unklar ist nach den Klausursitzungen beider Landtagsfraktionen, ob zusätzliche Stellen für den Verfassungsschutz zunächst auf Kosten der Polizei gehen.**

Nach den getrennten Klausuren berichtete Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz gestern in Stuttgart, die zur Stärkung des Verfassungsschutzes im niedrigen zweistelligen Bereich geplanten Stellen würden zunächst bei den für die Polizei veranschlagten 381 zusätzlichen Stellen abgezogen. Da die Stellen im Bereich Sicherheit eingesetzt würden, bedeute dies keine Schwächung der Polizei. Für den Doppeletat 2018/2019 könne man darüber reden, bei der Polizei die Stellen wieder "aufzufüttern". CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart berichtete, über die Umschichtung dieser "16 bis 20 Stellen" sei man sich schon vor der Klausur einig gewesen. Auch Reinhart hält den Abzug der Stellen nicht für eine Schwächung der Polizei. Neue Stellen seien nicht strittig, wenn es rasch gehen soll, müsse man von der Polizei umschichten. Auf der Planung für die nächsten Jahre stünden neue Stellen für den Verfassungsschutz.

### Reinhart: Abschiebehaft angehen

Reinhart erklärte weiter, bei der Inneren Sicherheit gebe es im Grunde genommen in der grün-schwarzen Koalition keinen Dissens bei den weite-

ren Themen des Ausbaus der technischen Ausstattung, bei zusätzlicher Videoüberwachung oder beim Vorgehen gegen islamistische Gefährder. Die Frage der Abschiebehaft will der CDU-Fraktionschef offensiv angehen, die Bürger forderten von der Polizei Sicherheit. Das habe zuletzt das Attentat auf einen Berliner Weihnachtsmarkt durch den mutmaßlichen islamistischen Täter Anis Amri gezeigt.

Schwarz zeigte sich sogenannten intelligenten Systemen der Videoüberwachung gegenüber aufgeschlossen. Die CDU befürwortet solche Systeme, die Alarm auslösen und zu einem Polizeieinsatz führen, wenn beispielsweise Personen am Boden liegen oder Gepäck längere Zeit herumsteht. Dies sei an bestimmten Punkten sinnvoll, die Grünen wollten das Thema "ergebnisoffen" betrachten, sagte Schwarz. Videoüberwachung diene der Aufklärung von Taten. Für die Prävention und das Sicherheitsgefühl sei aber das Auftreten von Polizeibeamten "Maß der Dinge". Als Resultat ihrer Klausur fordern die Grünen nicht zuletzt als Reaktion auf einen Brief von Oberbürgermeistern größerer Städte 40 Millionen Euro für Ersatzinvestitionen, um modernere Fahrzeuge für den Öffentlichen Personennahverkehr beschaffen zu können. Der Topf sei abhängig von den Steuereinnahmen und könne 2018 dann "auch bei 60 oder 70 Millionen liegen". Auf solche Zahlen will sich CDU-Fraktionschef Reinhart nicht festlegen. Es gehe bei zusätzlichen Verkehrsinvestitionen um vier oder fünf Bereiche.

### Mehr Mittel für Bürgerbusse

Grünen-Fraktionschef Schwarz kündigte noch weitere Anträge etwa für die Unterstützung von Bürgerbussen - hierfür fordert auch die CDU 200 000 Euro - oder für einen Aktionsplan für Akzeptanz und Toleranz an. Ansonsten sei die Koalition "gut beraten, den Geldbeutel zusammenzuhalten": Als mögliche Haushaltsrisiken nannte Schwarz die Neuregelung der Unterhaltskosten sowie möglicherweise höhere Zuschüsse für Privatschulen. Auch mögliche Steuerentlastungen durch den Bund könnten sich auswirken. Bei der debattierten Entlastung um sechs bis 15 Milliarden könne das Land bis zu 600 Millionen weniger bekommen.

Reinhart verwies auf zwar gesunkene, aber weiter existente Deckungslücken in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 von jeweils mehr als einer Milliarde. Falls die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst mit dem geforderten Plus von sechs Prozent ende, koste dies eine Milliarde zusätzlich.

Die CDU nannte als weitere Schwerpunkte 300 000 Euro für die landärztliche Versorgung, etwa für Stipendien junger Mediziner, die später eine Zeit lang auf dem Land praktizieren sollen. Hinzu kommen im Bereich des Innenressorts unter anderem 200 000 Euro für kommunale Programme zur Vorbeugung von Einbrüchen. 100 000 Euro soll das Justizministerium unter anderem für die Staatskunde von Flüchtlingen erhalten. Im Bereich des Wirtschaftsministeriums will die CDU die Mittel für die überbetrieblichen Bildungsstätten um 454 000 Euro aufstocken.

**Wörter:** 598

**Seite:** 5 bis 5  
**Ressort:** BADEN-WÜRTTEMBERG  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 36.851 (gedruckt) 36.762 (verkauft)  
37.546 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,10 (in Mio.)

Innere Sicherheit – Angesichts der Terrorgefahr zeigen sich die Grünen offen für vieles. Die CDU freut's

## Polizei wird aufgerüstet

**STUTTGART.** Die Grünen-Landtagsfraktion hat sich für eine härtere Gangart gegen islamistische Gefährder ausgesprochen. In einem auf der Fraktionsklausur in Neckarsulm einstimmig beschlossenen Papier heißt es: »Wir müssen die Gefährder gezielter in den Blick nehmen.« Es sei nötig, bei Bedarf die Grundrechte von Gefährdern einzuschränken und eine Ausreise aus Deutschland durchzusetzen. »Wir werden zu diesem Zweck alle rechtsstaatlichen Instrumente prüfen«, heißt es in dem Papier.

Der Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sagte gestern auf Anfrage: »Unser Ziel ist, dass die Menschen in Baden-Württemberg in Sicherheit und Freiheit leben können.« Leitmotto sei dabei, als Staat stets besonnen zu handeln und die Balance zwischen den Sicherheitsinteressen des Landes und den Freiheitsrechten der Bürger zu wahren. Die Grünen ziehen damit mit ihrem Koalitionspartner, der CDU, die den Innenminister stellt, im Wesentlichen an einem Strang.

### Gesetzesänderung gefordert

Als Konsequenz aus dem Terroranschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit zwölf Toten wollen CDU und Grüne zudem das Landesamt für Verfassungsschutz stärken. Einige Stellen, die im Haushalt 2017 für die Polizei vorgesehen sind, sollen für den Verfassungsschutz umgewidmet werden. Wie Grünen-Innenexperte Uli Sckerl sagte, geht es um etwa 20 Stellen. »Wir sind auch bereit, der Polizei mehr gezielte Videoüberwachung zu ermöglichen als bisher«, sagte Sckerl. Man sei offen für die Prüfung einer von CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart geforderten Gesetzesänderung.

CDU-Fraktionschef Reinhart und CDU-Innenexperte Thomas Blenke wollen insbesondere den Einsatz »intelligenter Videoüberwachung«, vorantreiben. Diese beschränke sich nicht auf die Erfassung und Speicherung, sondern verarbeite die Sequenzen mithilfe einer Bildauswertungssoftware. »Das System vergleicht die Daten mit vorgegebenen Mustern. Es schlägt zum Beispiel

Alarm, wenn eine Person länger am Boden liegt oder ein Gepäckstück nicht bewegt wird.«

Auch sollen die Sicherheitsbehörden im Land technisch besser ausgestattet werden, um Gefährder effektiv überwachen zu können. »Im Haushalt 2017 werden wir entsprechende Mittel beantragen«, heißt es in dem Papier der Grünen. Die CDU will sich dafür einsetzen, einmalig eine Million Euro für technische Ausrüstung zur Überwachung von Gefährdern einzusetzen. Das soll vor allem Mobil Einsatzkommandos zugute kommen. Gefährder sind Menschen, denen die Sicherheitsbehörden einen Anschlag zutrauen. Die Zahl der Gefährder im Südwesten bezifferte das Innenministerium auf einen mittleren zweistelligen Wert.

Offiziell stellen Grüne und CDU, die in Baden-Württemberg in der bundesweit ersten grün-schwarzen Koalition auf Landesebene regieren, die Ergebnisse ihrer Klausuren heute in Stuttgart vor. (dpa)

**Wörter:** 373  
**Urheberinformation:** © 2017 Reutlinger General-Anzeiger

**Autor:** ROLAND MUSCHEL**Auflage:** 54.850 (gedruckt) 52.027 (verkauft)  
53.054 (verbreitet)**Ressort:** Südwestumschau**Reichweite:** 0,11 (in Mio.)**Gattung:** Tageszeitung

## "Größtmögliche Sicherheit"

Nach dem Berliner Anschlag sind die Südwest-Grünen zu weitreichenden Konsequenzen bereit. Das zeigt ein neues Grundsatzpapier der Fraktion.

Die Zeiten, als die Grünen das Landesamt für Verfassungsschutz als Steinbruch für Sparbemühungen betrachtet haben und ihnen die Kennzeichnungspflicht für Polizisten ein zentrales Anliegen war, sind schon länger passé. Anfang 2015, nach den Anschlägen auf die französische Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo hatten sie mit dem damaligen Koalitionspartner SPD ein erstes Anti-Terror-Paket verabschiedet, und nach den Terrorakten in Paris desselben Jahres ein zweites. Im Sommer 2016 folgte, nun zusammen mit dem neuen Bündnispartner CDU, das dritte Anti-Terror-Paket binnen eineinhalb Jahren. Diesmal in Reaktion auf eine Kaskade an Gewalttaten in München, Ansbach oder Würzburg.

Nach dem Fall Amri hat sich die Sicherheitslage weiter verschärft. Oder, wie es die grüne Landtagsfraktion in einem am Mittwoch einstimmig verabschiedeten Grundsatzpapier ("Mit Rechtsstaatlichkeit und Besonnenheit für Sicherheit und Freiheit") formuliert: "Mit dem Berliner Anschlag ist der islamistische Terror endgültig harte Realität in unserem Land geworden." Auch darauf wollen Grünen-Regierungschef Winfried Kretschmann und seine Abgeordneten Antworten geben. Denn als "führende politische Kraft in der grün-schwarzen Landesregierung" müssten sie "immer wieder konkret darlegen", wie der Staat "größtmögliche Sicherheit" garantieren wolle, heißt es in dem noch unveröffentlichten Papier, das der SÜDWEST PRESSE vorliegt. Und: "Von unserer Glaubwürdigkeit in dieser Frage hän-

gen auch die grünen Wahlchancen im Jahr 2017 ab."

Inhalt der Anti-Terror-Pakete I, II und III waren zusätzliche Mittel und Personal für die Sicherheitsbehörden. Unter dem Eindruck des Berliner Anschlags sind die Grünen nun auch bereit, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Sollte es Gesetzeslücken auf Landesebene geben, heißt es im neuen Konzeptpapier, "werden wir diese zügig schließen".

Im Visier haben sie insbesondere die sogenannten Gefährder. "Wir nehmen die Aufgabe an, für die Bürger ein Höchstmaß an Sicherheit zu garantieren und setzen dafür auch neue Erkenntnisse um", sagte der Grünen-Sicherheitsexperte und Autor des Grundsatzpapiers, Uli Sckerl, dieser Zeitung. Konkret wollen die Grünen das Landesamt für Verfassungsschutz personell stärken. Dafür sollen laut Sckerl im Zuge der Beratungen für den Haushalt 2017, die im Februar abgeschlossen werden, "knapp 20" neu für die Polizei geplante Stellen umgewidmet werden. Zusätzlich will die Fraktion - gemeinsam mit der CDU - zusätzliche Mittel für die technische Ausstattung der Sondereinheiten zur Überwachung der Gefährder beantragen. Um gezielter gegen diesen Personenkreis vorgehen zu können, "müssen wir auch als Landesgesetzgeber aktiv werden", heißt es in dem Papier. Bei Gefährdern ausländischer Herkunft sei es notwendig, "beschleunigt aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzusetzen. Wir werden zu diesem Zweck alle rechtsstaatlichen Instrumente prüfen." Man werde aber nicht

die Grund- und Freiheitsrechte aller im Land lebender Menschen einschränken. "Wir stehen für die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit", sagte Sckerl. "Wir steigen nicht in einen Überbietungswettbewerb um die schärfsten Gesetze ein, sondern suchen passgenaue Lösungen."

Dazu zählen die Grünen die "gezielte Videoüberwachung" an Brennpunkten und öffentlichen Plätzen. "Wir sind daher bereit, der Polizei entsprechende Anlagen in begründeten Fällen leichter zu ermöglichen", heißt es in dem Papier. Ein flächendeckender Einsatz sei aber nicht zielführend. Noch im ersten Halbjahr 2017 wollen die Grünen zudem die Einführung weiterer präventiver Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung bei Gefährdern im Landespolizeigesetz prüfen. Auf Bundesebene fordern sie eine "Optimierung" des behördlichen Zusammenarbeit. Abschiebehindernisse in Länder wie die Maghrebstaaten müssten "mit Nachdruck beseitigt werden".

Dass die Landtagsfraktion das Papier einstimmig verabschiedet hat, darf auch als Signal an die Bundespartei gewertet werden, die in der Sicherheitsdebatte bisher durch Dissonanzen auffällt. Nachdem sich die Südwest-Grünen mit ihrem Ministerpräsidenten lange vorrangig bemüht haben, bei Wirtschaftsthemen Boden gutzumachen, versuchen sie, auch beim immer wichtigeren Sicherheitsthema in die Mitte zu rücken und sich als eine fürsorgliche Volkspartei neuen Typus zu zeigen.

**Abbildung:** Überwachungskamera in einem Stuttgarter U-Bahnhof. Die Grünen sprechen sich für "gezielte Videoüberwachung" aus. Foto: DPA

**Abbildung:** Grünen-Fraktionsvize Uli Sckerl: "Wir suchen passgenaue Lösungen. Foto: DPA

**Wörter:** 596

**Ort:** Stuttgart

# „Abschiebungen unvermeidlich“

Von unserem Korrespondenten  
Michael Schwarz

**STUTTGART.** Heute beginnt in Neckarsulm die zweitägige Klausur der Grünen-Fraktion des Stuttgarter Landtags. Der Vorsitzende Andreas Schwarz äußert sich im Vorfeld zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der E-Mobilität.

*Herr Schwarz, Grünen-Bundestagsfraktionschef Toni Hofreiter sagt, es sei nicht verfassungskonform, die Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu machen. Ministerpräsident Kretschmann will im Bundesrat aber dafür stimmen.*

**Andreas Schwarz:** Wir haben uns mit der CDU darauf verständigt, dass Baden-Württemberg der Ausweisung der nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsstaaten zustimmt, wenn die hohen verfassungsrechtlichen Hürden erfüllt sind. Der Bund hat zugesagt, dass besonders schutzbedürftige Gruppen, zum Beispiel Homosexuelle oder Journalisten, mit der notwendigen Sensibilität im Verfahren behandelt werden. Insgesamt mag damit die Hoffnung auf einen Rückgang vergeblich Asylsuchender aus diesen Ländern verbunden sein. Nichts ändert sich jedoch an den bekannten Problemen bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber: Hier muss der Bund endlich Rücknahmeabkommen aushandeln.

*Die Grünen werden oft dafür kritisiert, sie würden sich schwer tun mit konsequenten Abschiebungen. Dies zeigte der jüngste Fall mit afghanischen Flüchtlingen.*

**Schwarz:** Für uns ist klar: Wir stehen für Humanität in der Flüchtlingspolitik. Das betrifft die Aufnahme von politisch Verfolgten. Und das gilt auch bei einem Ende des Aufenthaltsrechts. Deswegen setzen wir stark auf die freiwillige Ausreise. Klar ist aber auch: Abschiebungen sind unvermeidlich.

*Es gibt die Debatte darüber, ob bei den nordafrikanischen Staaten die Entwicklungshilfe daran gekoppelt werden soll, ob sie Flüchtlinge zurückzunehmen.*

**Schwarz:** Die Entwicklungshilfe dient in erster Linie dazu, die Infrastruktur in den Ländern aufzubauen, und sie bekämpft damit auch Fluchtursachen. Deswegen lehnt eine derartige und abstruse Kopplung selbst der CSU-Entwicklungsminister ab.

*Grünen-Bundeschefin Simone Peter hat zunächst kritisiert, dass die*



Abgelehnte Asylbewerber steigen am Baden-Airport im Rahmen einer landesweiten Sammelabschiebung in ein Flugzeug.



Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz (rechts) im Interview mit unserem (nicht verwandten) Korrespondenten Michael Schwarz.

BILDER: THOMAS HORNUMG/DPA

*Polizei in der Kölner Silvesternacht den Begriff Nafri verwendet hat.*

**Schwarz:** Ich finde, die Sicherheitsbehörden haben an Silvester eine gute Arbeit gemacht. Es gibt keinen Grund, sie dafür zu kritisieren. Den Begriff Nafri kann man verwenden – daraus kann man der Polizei keinen Strick drehen. Es gab schließlich konkrete und anlassbezogene Anzeichen. Deswegen hat die Polizei auf Nordafrikaner zu Recht ein genaueres Auge gehabt.

*CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert, den Ver-*

*fassungsschutz beim Bund zu konzentrieren.*

**Schwarz:** Baden-Württemberg ist mit drei Anti-Terror-Paketen sehr gut aufgestellt. Staaten, die eine starke Zentralisierung haben wie Frankreich, machen es nicht besser.

*Auf Ihrer Klausur in Neckarsulm wollen Sie sich vor allem mit dem Thema Mobilität beschäftigen.*

**Schwarz:** Ja, wir wollen den Strukturwandel in der Automobilindustrie im Dialog bestreiten. Das Gespräch mit Daimler-Chef Dieter Zetsche war ein erster Schritt. Wir sind heute auch bei Audi in Neckarsulm und

## Andreas Schwarz

■ Andreas Schwarz (Jg. 1979) ist seit 1998 bei den Grünen. Er verfügt über kommunalpolitische Erfahrung.

■ 2011 wurde er erstmals in den Stuttgarter Landtag gewählt. Bei der Landtagswahl 2016 holte er dann mit 30,5 Prozent sogar das **Direktmandat** und wurde zum Fraktionschef als Nachfolger von Edith Sitzmann gewählt.

■ Schwarz ist **verheiratet** und hat eine Tochter. *mis*

werden über Brennstoffzellentechnik und E-Mobilität reden. Die Elektroautos der Zukunft sollen in Baden-Württemberg produziert werden – und nicht in Asien oder Nordamerika. Hier wollen wir auf der Überholspur sein. Wir müssen die Landesagentur Elektromobilität dauerhaft fortführen. Wir müssen die Ladeinfrastruktur in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen. Und wir brauchen einen Masterplan für flächendeckende Schnellladesäulen. Unsere Automobilindustrie muss in der E-Mobilität ordentlich Gas geben, die Konkurrenz in der Welt ist sehr stark.

**Autor:** Michael Schwarz  
**Seite:** 5 bis 5  
**Ressort:** Südwest

**Ausgabe:** Hauptausgabe  
**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 51.837 (gedruckt) 49.262 (verkauft)  
49.595 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,17 (in Mio.)

Migration: Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz zu Fragen der inneren Sicherheit und zur E-Mobilität

## „Abschiebungen unvermeidlich“

Von unserem Korrespondenten  
Michael Schwarz

Stuttgart. Heute beginnt in Neckarsulm die zweitägige Klausur der Grünen-Fraktion des Stuttgarter Landtags. Der Vorsitzende Andreas Schwarz äußert sich im Vorfeld zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der E-Mobilität.

Herr Schwarz, Grünen-Bundestagsfraktionschef Toni Hofreiter sagt, es sei nicht verfassungskonform, die Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu machen. Ministerpräsident Kretschmann will im Bundesrat aber dafür stimmen.

Andreas Schwarz: Wir haben uns mit der CDU darauf verständigt, dass Baden-Württemberg der Ausweisung der nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsstaaten zustimmt, wenn die hohen verfassungsrechtlichen Hürden erfüllt sind. Der Bund hat zugesagt, dass besonders schutzbedürftige Gruppen, zum Beispiel Homosexuelle oder Journalisten, mit der notwendigen Sensibilität im Verfahren behandelt werden. Insgesamt mag damit die Hoffnung auf einen Rückgang vergeblich. Asylsuchender aus diesen Ländern verbunden sein. Nichts ändert sich jedoch an den bekannten Problemen bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber: Hier muss der Bund endlich Rücknahmeabkommen aushandeln.

Die Grünen werden oft dafür kritisiert,

sie würden sich schwertun mit konsequenten Abschiebungen. Dies zeigte der jüngste Fall mit afghanischen Flüchtlingen.

Schwarz: Für uns ist klar: Wir stehen für Humanität in der Flüchtlingspolitik. Das betrifft die Aufnahme von politisch Verfolgten. Und das gilt auch bei einem Ende des Aufenthaltsrechts. Deswegen setzen wir stark auf die freiwillige Ausreise. Klar ist aber auch: Abschiebungen sind unvermeidlich.

Es gibt die Debatte darüber, ob bei den nordafrikanischen Staaten die Entwicklungshilfe daran gekoppelt werden soll, ob sie Flüchtlinge zurücknehmen.

Schwarz: Die Entwicklungshilfe dient in erster Linie dazu, die Infrastruktur in den Ländern aufzubauen, und sie bekämpft damit auch Fluchtursachen. Deswegen lehnt eine derartige und abstruse Koppelung selbst der CSU-Entwicklungsminister ab.

Grünen-Bundeschefin Simone Peter hat zunächst kritisiert, dass die Polizei in der Kölner Silvesternacht den Begriff Nafri verwendet hat.

Schwarz: Ich finde, die Sicherheitsbehörden haben an Silvester eine gute Arbeit gemacht. Es gibt keinen Grund, sie dafür zu kritisieren. Den Begriff Nafri kann man verwenden – daraus kann man der Polizei keinen Strick drehen. Es gab schließlich konkrete und anlassbezogene Anzeichen. Deswegen

hat die Polizei auf Nordafrikaner zu Recht ein genaueres Auge gehabt.

CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert, den Verfassungsschutz beim Bund zu konzentrieren. Schwarz: Baden-Württemberg ist mit drei Anti-Terror-Paketen sehr gut aufgestellt. Staaten, die eine starke Zentralisierung haben wie Frankreich, machen es nicht besser.

Auf Ihrer Klausur in Neckarsulm wollen Sie sich vor allem mit dem Thema Mobilität beschäftigen.

Schwarz: Ja, wir wollen den Strukturwandel in der Automobilindustrie im Dialog bestreiten. Das Gespräch mit Daimler-Chef Dieter Zetsche war ein erster Schritt. Wir sind heute auch bei Audi in Neckarsulm und werden über Brennstoffzellentechnik und E-Mobilität reden. Die Elektroautos der Zukunft sollen in Baden-Württemberg produziert werden – und nicht in Asien oder Nordamerika. Hier wollen wir auf der Überholspur sein. Wir müssen die Landesagentur Elektromobilität dauerhaft fortführen. Wir müssen die Ladeinfrastruktur in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen. Und wir brauchen einen Masterplan für flächendeckende Schnellladesäulen. Unsere Automobilindustrie muss in der E-Mobilität ordentlich Gas geben, die Konkurrenz in der Welt ist sehr stark.

**Abbildung:** Abgelehnte Asylbewerber steigen am Baden-Airport im Rahmen einer landesweiten Sammelabschiebung in ein Flugzeug.

**Abbildung:** Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz (rechts) im Interview mit unserem (nicht verwandten) Korrespondenten Michael Schwarz. Bilder: Thomas Hornung/dpa

**Wörter:** 508

# „Den Begriff ‚Nafri‘ kann man verwenden“

**INTERVIEW** *Grünen-Landtagsfraktionschef Andreas Schwarz stärkt Polizei den Rücken – E-Mobilität zentrales Thema der Klausur in Neckarsulm*

Von unserem Korrespondenten  
Michael Schwarz

Heute beginnt in Neckarsulm die zweitägige Klausur der Grünen-Fraktion des Stuttgarter Landtags. Der Vorsitzende Andreas Schwarz äußert sich im Vorfeld zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der E-Mobilität.

*Grünen-Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter sagt, es sei nicht verfassungskonform, die Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu machen. Ministerpräsident Kretschmann will im Bundesrat aber dafür stimmen.*

**Andreas Schwarz:** Wir haben uns mit der CDU darauf verständigt, dass Baden-Württemberg der Ausweisung der nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsstaaten zustimmt, wenn die hohen verfassungsrechtlichen Hürden erfüllt sind. Der Bund hat zugesagt, dass besonders schutzbedürftige Gruppen, zum Beispiel Homosexuelle



Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz will die E-Mobilität fördern. Foto: dpa

## Zur Person

**Andreas Schwarz**, geboren 1979, ist seit 1998 bei den Grünen. Er verfügt über **kommunalpolitische Erfahrung** – und war unter anderem viele Jahre Stadtrat in seiner Heimatstadt Kirchheim unter Teck sowie im Kreistag des Landkreises Esslingen. 2011 wurde er erstmals in den Stuttgarter Landtag gewählt. Bei der Landtagswahl 2016 holte der begeisterte Radfahrer dann mit 30,5 Prozent sogar das **Direktmandat** und wurde zum Fraktionschef gewählt. Schwarz ist verheiratet und hat eine Tochter. *mis*

Fluchtursachen. Deswegen lehnt eine derartige und abstruse Kopplung selbst der CSU-Entwicklungsminister ab.

*Grünen-Bundeschefin Simone Peter hat zunächst kritisiert, dass die Polizei in der Kölner Silvesternacht den Begriff „Nafri“ verwendet hat.*

**Schwarz:** Ich finde, die Sicherheitsbehörden haben an Silvester eine gute Arbeit gemacht. Es gibt keinen Grund, sie dafür zu kritisieren. Den Begriff „Nafri“ kann man verwenden – daraus kann man der Polizei keinen Strick drehen. Es gab schließlich konkrete und anlassbezogene Anzeichen. Deswegen hat die Polizei auf Nordafrikaner zu Recht ein genaueres Auge gehabt.

*Nach den jüngsten Anschlägen ist eine Diskussion über den Umgang mit sogenannten Gefährdern entbrannt.*

**Schwarz:** Der Sinn von Demokratie ist, dass wir in Freiheit leben können. Wir als grüne Landtagsfraktion sind für eine Stärkung der Polizei. Das haben wir auch schon bewiesen, in dem wir bereits drei Anti-Terror-Pakete verabschiedet haben. Nach den jüngsten Anschlägen müs-

sen wir im Land jetzt prüfen, ob es nötig ist, noch mehr Sachmittel für die Polizei zur Verfügung zu stellen. Der Staat muss alles dafür tun, die Bürger zu schützen. Wenn es einen konkreten Anlass gibt, müssen eine gefährliche Gruppe oder Einzelpersonen so überwacht werden, dass von ihnen keine Gefahr mehr für die öffentliche Sicherheit und die Bürger ausgeht. Die Polizei muss auch die Möglichkeit für eine Telekommunikationsüberwachung haben.

*Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert, den Verfassungsschutz beim Bund zu konzentrieren.*

**Schwarz:** Baden-Württemberg ist mit drei Anti-Terror-Paketen sehr gut aufgestellt. Staaten, die eine starke Zentralisierung haben wie Frankreich, machen es nicht besser.

*Auf Ihrer Klausur in Neckarsulm wollen Sie sich vor allem auch mit dem Thema Mobilität beschäftigen.*

**Schwarz:** Ja, wir wollen den Strukturwandel in der Automobilindus-

„Wir setzen stark auf die freiwillige Ausreise.“

oder Journalisten, mit der notwendigen Sensibilität im Verfahren behandelt werden. Insgesamt mag damit die Hoffnung auf einen Rückgang vergeblich Asylsuchender aus diesen Ländern verbunden sein. Nichts ändert sich jedoch an den bekannten Problemen bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber: Hier muss der Bund endlich Rücknahmeabkommen aushandeln.

*Die Grünen werden oft dafür kritisiert, sie würden sich schwer tun mit konsequenten Abschiebungen. Dies zeigte der jüngste Fall mit afghanischen Flüchtlingen.*

**Schwarz:** Für uns ist klar: Wir stehen für Humanität in der Flüchtlingspolitik. Das betrifft die Aufnahme von politisch Verfolgten. Und das gilt auch bei einem Ende des Aufenthaltsrechts. Deswegen setzen wir stark auf die freiwillige Ausreise. Klar ist aber auch: Abschiebungen sind unvermeidlich.

*Es gibt die Debatte darüber, ob bei den nordafrikanischen Staaten die Entwicklungshilfe daran gekoppelt werden soll, ob sie Flüchtlinge zurücknehmen. Was denken Sie darüber?*

**Schwarz:** Die Entwicklungshilfe dient in erster Linie dazu, die Infrastruktur in den Ländern aufzubauen, und sie bekämpft damit auch

„Wir müssen die Ladeinfrastruktur ausbauen.“

trie im Dialog bestreiten. Das Gespräch mit Daimler-Chef Dieter Zetsche war ein erster Schritt. Wir sind heute auch bei Audi in Neckarsulm und werden über Brennstoffzellentechnik und E-Mobilität reden. Die Elektroautos der Zukunft sollen in Baden-Württemberg produziert werden – und nicht in Asien oder Nordamerika. Hier wollen wir auf der Überholspur sein. Wir müssen die Landesagentur Elektromobilität dauerhaft fortführen. Wir müssen die Ladeinfrastruktur in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen. Und wir brauchen einen Masterplan für flächendeckende Schnellladesäulen. Unsere Automobilindustrie muss in der E-Mobilität ordentlich Gas geben, die Konkurrenz in der Welt ist sehr stark.

*Zum Schluss ein aktueller Aufreger: Elisabeth Scharfenberg, pflegepolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, fordert, dass Pflegebedürftige und Behinderte Sex mit Prostituierten bezahlt bekommen sollen.*

**Schwarz:** Im Bereich der Pflegepolitik gibt es wichtigere Aufgaben, die die Bundestagsfraktion ja auch vorantreibt und um die wir uns auch im Land kümmern. Zum Beispiel mehr kleinere und flexiblere Angebote wie Wohngruppen und die Aufwertung des Pflegeberufs.

**Autor:** Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz  
**Seite:** 5  
**Ressort:** BADEN-WÜRTTEMBERG  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 17.866 (gedruckt) 19.839 (verkauft)  
20.356 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,05 (in Mio.)

## Keine Titelangabe

„Den Begriff ‚Nafri‘ kann man verwenden“

Grünen-Landtagsfraktionschef Andreas Schwarz stärkt Polizei den Rücken – E-Mobilität zentrales Thema der Klausur in Neckarsulm

Heute beginnt in Neckarsulm die zweitägige Klausur der Grünen-Fraktion des Stuttgarter Landtags. Der Vorsitzende Andreas Schwarz äußert sich im Vorfeld zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der E-Mobilität.

Grünen-Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter sagt, es sei nicht verfassungskonform, die Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu machen. Ministerpräsident Kretschmann will im Bundesrat aber dafür stimmen.

Andreas Schwarz: Wir haben uns mit der CDU darauf verständigt, dass Baden-Württemberg der Ausweisung der nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsstaaten zustimmt, wenn die hohen verfassungsrechtlichen Hürden erfüllt sind. Der Bund hat zugesagt, dass besonders schutzbedürftige Gruppen, zum Beispiel Homosexuelle oder Journalisten, mit der notwendigen Sensibilität im Verfahren behandelt werden. Insgesamt mag damit die Hoffnung auf einen Rückgang vergeblich. Asylsuchender aus diesen Ländern verbunden sein. Nichts ändert sich jedoch an den bekannten Problemen bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber: Hier muss der Bund endlich Rücknahmeabkommen aushandeln.

Die Grünen werden oft dafür kritisiert, sie würden sich schwer tun mit konsequenten Abschiebungen. Dies zeigte der jüngste Fall mit afghanischen Flüchtlingen.

Schwarz: Für uns ist klar: Wir stehen für Humanität in der Flüchtlingspolitik. Das betrifft die Aufnahme von politisch Verfolgten. Und das gilt auch bei einem Ende des Aufenthaltsrechts. Deswegen setzen wir stark auf die freiwillige Aus-

reise. Klar ist aber auch: Abschiebungen sind unvermeidlich.

Es gibt die Debatte darüber, ob bei den nordafrikanischen Staaten die Entwicklungshilfe daran gekoppelt werden soll, ob sie Flüchtlinge zurücknehmen. Was denken Sie darüber?

Schwarz: Die Entwicklungshilfe dient in erster Linie dazu, die Infrastruktur in den Ländern aufzubauen, und sie bekämpft damit auch Fluchtursachen. Deswegen lehnt eine derartige und abstruse Koppelung selbst der CSU-Entwicklungsminister ab.

Grünen-Bundeschefin Simone Peter hat zunächst kritisiert, dass die Polizei in der Kölner Silvesternacht den Begriff „Nafri“ verwendet hat.

Schwarz: Ich finde, die Sicherheitsbehörden haben an Silvester eine gute Arbeit gemacht. Es gibt keinen Grund, sie dafür zu kritisieren. Den Begriff „Nafri“ kann man verwenden – daraus kann man der Polizei keinen Strick drehen. Es gab schließlich konkrete und anlassbezogene Anzeichen. Deswegen hat die Polizei auf Nordafrikaner zu Recht ein genaueres Auge gehabt. Nach den jüngsten Anschlägen ist eine Diskussion über den Umgang mit sogenannten Gefährdern entbrannt.

Schwarz: Der Sinn von Demokratie ist, dass wir in Freiheit leben können. Wir als grüne Landtagsfraktion sind für eine Stärkung der Polizei. Das haben wir auch schon bewiesen, in dem wir bereits drei Anti-Terror-Pakete verabschiedet haben. Nach den jüngsten Anschlägen müssen wir im Land jetzt prüfen, ob es nötig ist, noch mehr Sachmittel für die Polizei zur Verfügung zu stellen. Der Staat muss alles dafür tun, die Bürger zu schützen. Wenn es einen konkreten Anlass gibt, müssen eine gefährliche Gruppe oder Einzelpersonen so überwacht werden, dass von ihnen keine Gefahr mehr für die öffentliche Sicherheit und die Bürger ausgeht. Die Polizei muss auch die Möglichkeit für eine

Telekommunikationsüberwachung haben.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert, den Verfassungsschutz beim Bund zu konzentrieren. Schwarz: Baden-Württemberg ist mit drei Anti-Terror-Paketen sehr gut ausgestattet. Staaten, die eine starke Zentralisierung haben wie Frankreich, machen es nicht besser.

Auf Ihrer Klausur in Neckarsulm wollen Sie sich vor allem auch mit dem Thema Mobilität beschäftigen.

Schwarz: Ja, wir wollen den Strukturwandel in der Automobilindustrie im Dialog bestreiten. Das Gespräch mit Daimler-Chef Dieter Zetsche war ein erster Schritt. Wir sind heute auch bei Audi in Neckarsulm und werden über Brennstoffzellentechnik und E-Mobilität reden. Die Elektroautos der Zukunft sollen in Baden-Württemberg produziert werden – und nicht in Asien oder Nordamerika. Hier wollen wir auf der Überholspur sein. Wir müssen die Landesagentur Elektromobilität dauerhaft fortführen. Wir müssen die Ladeinfrastruktur in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen. Und wir brauchen einen Masterplan für flächendeckende Schnellladesäulen. Unsere Automobilindustrie muss in der E-Mobilität ordentlich Gas geben, die Konkurrenz in der Welt ist sehr stark.

Zum Schluss ein aktueller Aufreger: Elisabeth Scharfenberg, pflegepolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, fordert, dass Pflegebedürftige und Behinderte Sex mit Prostituierten bezahlt bekommen sollen.

Schwarz: Im Bereich der Pflegepolitik gibt es wichtigere Aufgaben, die die Bundestagsfraktion ja auch vorantreibt und um die wir uns auch im Land kümmern. Zum Beispiel mehr kleinere und flexiblere Angebote wie Wohngruppen und die Aufwertung des Pflegeberufs. „Wir setzen stark auf die freiwillige Ausreise.“

„Wir müssen die Ladeinfrastruktur aus-  
bauen.“

**Abbildung:** Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz will die E-Mobilität fördern. Foto: dpa  
**Wörter:** 707  
**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten - Heilbronner Stimme GmbH und Co. KG

© 2017 PMG Presse-Monitor GmbH